

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

SPERRFRIST für die Veröffentlichung: Fr., 18. April 2025, 5 Uhr

Sehr geehrte Leser:innen,

im Rahmen der Initiative *Queere wählen* wurden alle im Wiener Landtag vertretenen Parteien mit 8 Fragen zum LGBTIQ* Themen kontaktiert.

Das Abstimmungsverhalten der Parteien zu den von uns abgefragten Themen haben wir auf [Informationsdatenbank des Wiener Landtages und Gemeinderates](#) und [Recherchieren | Parlament Österreich](#) recherchiert. Auch wenn alle Bundesthemen (Fragen 5-8) im Nationalrat behandelt wurden, kam es nicht immer zu einer Abstimmung, die wir recherchieren konnten.

„Die Grünen Wien“, „NEOS - Das Neue Österreich“, „SPÖ Wien“ und „Die Wiener Volkspartei“ haben Stellungnahmen abgegeben. Die Pressestelle der „FPÖ-Wien“ wurde seit dem 12. März 2025 mehrfach telefonisch und per Mail kontaktiert, hat aber bis zum 12. April keine Stellungnahme abgegeben. Die Abstimmungsergebnisse vervollständigen diese fehlenden Puzzlesteine.

Die Initiative *Queere wählen* ist eine lose, parteiunabhängige, politische Initiative. Mit Fakten wollen wir politisch sensibilisieren und einen Überblick zur Haltung der Parteien gegenüber queeren Menschen ermöglichen.

Wir danken den Medien, unseren Kooperationspartnern und allen anderen die unsere Initiative unterstützen.

Hier die ungekürzten Stellungnahmen der Parteien:

Themen, die in die Kompetenzen der Gemeinde Wien fallen

1. Ist Ihre Partei für oder gegen die finanzielle Förderung des Zentrums für queere Geschichte (QWien)?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, dafür

QWien betreibt einzigartige historische Grundlagenforschung im Bereich der queeren Geschichte. Sie haben dabei vor allem in der Erforschung der NS-Verfolgung Homosexueller ein Alleinstellungsmerkmal. Zusätzlich dazu ist QWien Archiv, Bibliothek und Forschungszentrum und betreibt darüber hinaus mit Ausstellungen, Stadtführungen und Vorträgen wichtige Vermittlungsarbeit nicht nur für Schüler:innen und historisch interessierte Personen, sondern auch für Tourist:innen.

NEOS: JA, dafür

QWien leistet seit Jahren einen essenziellen Beitrag, die queere Geschichte sichtbar zu machen und für kommende Generationen zu bewahren. Mit dem Umzug auf den neuen Standort wird dieser wertvolle Raum für Forschung, Bildung und Austausch weiter ausgebaut. Damit setzen wir ein auch starkes Zeichen, dass Wien Vielfalt nicht nur anerkennt, sondern aktiv fördert.

SPÖ: JA, dafür

QWien, das Zentrum für queere Stadtgeschichte, hat an einem neuen Standort in Margareten zusätzlichen Raum für Wissenschaft und Vermittlung erhalten. Durch den Umzug ist es eines der größten queeren Archive der Welt. QWien übernimmt eine wichtige Rolle in der Stadt und ist zudem ein essenzieller Forschungsstandort der Stadt. Nicht nur die Projekte des Zentrums für queere Geschichte, auch die queeren Stadtführungen und frei verfügbaren Unterrichtsmaterialien sind wichtige Säulen einer lebendigen Erinnerungskultur.

ÖVP: NEIN, dagegen

Die Stadtregierung aus SPÖ und NEOS hat seit 2020 weit über 11 Millionen Euro für queere Themen ausgegeben und allein im ersten Halbjahr 2024 über eine Million Euro für entsprechende Kampagnen aufgewendet. Diese Ausgaben sind unverhältnismäßig und sollen daher eingeschränkt werden.

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

Abstimmung im Wiener Gemeinderat am 21.01.2025 zu QWien

Titel: „QWIEN - ZENTRUM FÜR QUEERE GESCHICHTE, 620 Tsd. € | Umsetzung der Jahresaktivitäten 2025 am neuen Standort“, Protokoll Seite 5

JA: NEOS, SPÖ, GRÜNE

NEIN: ÖVP, FPÖ

2. Ist Ihre Partei für oder gegen die finanzielle Förderung des queeren Jugendzentrums (Q:WIR)?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, dafür

Das queere Jugendzentrum ist ein Ort, in dem junge Menschen einen Raum haben, wo sie sein können, wie und wer sie sind. Wo sie sich entwickeln können, wo sie über sich nachdenken können, wo sie lernen, mit sich selbst und anderen umzugehen. Und das mit Unterstützung und Begleitung von geschulten Mitarbeiter:innen der offenen Jugendarbeit.

NEOS: JA, dafür

Mit dem queeren Jugendzentrum haben wir einen sicheren Ort für junge Menschen der LGBTIQ*-Community geschaffen, der ihnen Raum für Austausch, Unterstützung und Selbstentfaltung bietet. Unser Ziel ist es nun, das queere Jugendzentrum langfristig finanziell abzusichern und nachhaltig zu etablieren, damit es auch in Zukunft ein Ankerpunkt für queere Jugendliche in Wien bleibt.

SPÖ: JA, dafür

Wien ist eine Stadt der Menschenrechte und Vielfalt, in der alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität sicher, gleichberechtigt und respektiert leben können. Als sozialdemokratisch geführte Stadt setzt Wien daher konsequent auf den Schutz und die Förderung der LGBTIQ+-Community und gestaltet aktiv eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wien hat mit dem Q:Wir das allererste queere Jugendzentrum Österreichs geschaffen. Das in Ottakring beheimatete Jugendzentrum schafft einen wichtigen Safe Space und ermöglicht jungen Menschen die persönliche Entfaltung.

ÖVP: NEIN, dagegen

s.o.

Abstimmung im Wiener Gemeinderat am 17.12.2024 zu Q:WIR

Titel: „QUEERES JUGENDZENTRUM, 638 Tsd. € | Jahresförderung 2025 an Q:WIR für das Queere Jugendzentrum“, Protokoll Seite 8

JA: NEOS, SPÖ, GRÜNE

NEIN: ÖVP, FPÖ

3. Ist Ihre Partei für oder gegen die finanzielle Förderung der Regenbogenparade?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, dafür

Die Vienna Pride ist ein Fixpunkt für die Queere* Community in Wien. Rund um die Regenbogenparade, bei der jedes Jahr hunderttausende Wiener:innen gemeinsam die Vielfalt feiern und gegen Diskriminierung demonstrieren, werden noch zahlreiche weitere Veranstaltungen und Aktivitäten organisiert. Das Pride Village verwandelt den Rathausplatz zu einem Ort der Begegnung und des Dialogs im Herzen von Wien.

Es droht die Gefahr, dass die Stadt ausgerechnet hier drastisch kürzen will. Für eine offene Weltstadt wäre das eine Schande, für die Community ein Schlag ins Gesicht. Die Vienna Pride muss in ihrer ganzen Vielfalt bleiben! Das wollen wir auch langfristig finanziell sicherstellen.

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

NEOS: JA, dafür

Wien hat sich in den vergangenen Jahren als Regenbogenhauptstadt einen internationalen Namen gemacht – als Stadt, in der Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft verstanden und in der Offenheit, Akzeptanz und Respekt aktiv gelebt wird. In Wien sollen alle Menschen angstfrei leben können. Mit der Regenbogenparade bekennen wir uns dazu, denn sie ist die größte Demonstration unseres Landes und gibt der queeren Community die Sichtbarkeit, die sie verdient. Gerade in Zeiten von vermehrter Gewalt gegen LGBTIQ* Personen ist die Regenbogenparade ein wichtiges Zeichen, dass wir so etwas in Wien nicht dulden und für ein freies, selbstbestimmtes Leben auf die Straße gehen.

SPÖ: JA, dafür

Die ideelle Unterstützung der Regenbogenparade als politische Demonstration und die finanzielle Förderung der Vienna Pride sowie queerer Organisationen und Kulturveranstaltungen ist ein wichtiger Bestandteil der Wiener LGBTIQ+-Politik. Denn Bildungseinrichtungen, kulturelle Projekte und öffentliche Kampagnen tragen zur Sichtbarkeit bei, um die gesellschaftliche Akzeptanz weiter zu erhöhen und die Rechte queerer Menschen zu schützen.

ÖVP: NEIN, dagegen

s.o.

Abstimmung im Wiener Gemeinderat am 20.3.2024 zur Vienna Pride

Titel: „VIENNA PRIDE 2024, 521 Tsd. € | HOSI Wien für Durchführung der Vienna Pride“, Protokoll Seite 54 ff

JA: NEOS, SPÖ, GRÜNE

NEIN: ÖVP, FPÖ

Titel: „REGENBOGENMONAT, 50 Tsd. € | Veranstaltungen, die die Regenbogen-parade ergänzen, und das Thema Vielfalt in alle Wiener Bezirke tragen“, Protokoll Seite 46

JA: NEOS, SPÖ, GRÜNE

NEIN: ÖVP, FPÖ

4. Hat ihre Partei darüberhinausgehende Vorschläge/ Initiativen/ Maßnahmen zum Thema LGBTIQ* in Wien?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA

Ein neues internationales Queer Film Festival für Wien

Wir Grüne wollen, dass Wien das vielfältige kulturelle Leben der LGBTIQ-Community unterstützt. Durch gezielte Förderung von Lokalen, Veranstaltungen, Events und Festivals. Über 20 Jahre war das “Identities Queer Film Festival” nach der Viennale das zweitgrößte Filmfestival der Stadt, bis es 2017 zum letzten Mal stattgefunden hat. Wir wollen, dass Wien wieder ein großes, internationales, queeres Filmfestival bekommt. Das wäre ein starkes kulturelles, politisches Zeichen für Sichtbarkeit.

Wiener Brandmauer gegen Trans-, Inter- und Homophobie

Immer noch erleben LGBTIQ-Personen in Wien Diskriminierung und Gewalt. Besonders trans* und inter* Personen sind Anfeindungen ausgesetzt. Diesen Entwicklungen müssen wir uns entgegenstellen. Konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum werden gemeinsam mit Vertreter:innen der Community, der Wr. Anti-Diskriminierungsstelle für LGBTIQ-Angelegenheiten (WASSt) und der Landespolizeidirektion entwickelt. Gezielte Präventionsarbeit, z.B. durch Kooperationen mit der Grätzpolizei und dem Referat für Diversität, sowie ein Aktionsplan gegen Diskriminierung queerer Personen sorgen für mehr Sicherheit. Opfer von Hassverbrechen sollen leichter Unterstützung und rechtlichen Beistand erhalten. So machen wir unsere Stadt zu einem Leuchtturm gegen queerfeindliche Hetze und Gewalt.

LGBTIQ-Personen vor der Wohnungslosigkeit bewahren

In Wien soll kein Mensch auf der Straße leben müssen. Junge LGBTIQ-Personen haben ein erhöhtes Risiko, wohnungslos zu werden – sei es, weil sie von ihren Eltern vor die Tür gesetzt werden oder durch

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Queere Wohnungslose sind besonders hohen Gefahren ausgesetzt. Viele Betroffene meiden die Unterkünfte aus Angst vor Anfeindungen oder Gewalt. Wir wollen eine passende Unterstützung für queere Wohnungs- und Obdachlose einrichten. In der Wiener Wohnungslosenhilfe gibt es viele engagierte Mitarbeiter:innen, die unterstützen wollen, damit kein Mensch mehr aufgrund der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung gefährdet wird. Oberstes Ziel bleibt: Alle Menschen in Wien wirksam vor Wohnungslosigkeit bewahren bevor Notsituationen entstehen.

Gute Gesundheitsversorgung für trans* Personen

Die medizinische Versorgung für trans* Personen ist mangelhaft. Wartezeiten von bis zu einem Jahr für einen Ersttermin zur Hormonbehandlung sind keine Seltenheit. Auch die vierteljährlichen Kontrolltermine sind schwer zu bekommen. Diese Verzögerungen stellen für die Betroffenen eine große psychische Belastung dar und erschweren den gesamten Behandlungsprozess. Wir wollen, dass trans* Personen einen raschen und niederschweligen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung erhalten. Das erfordert den Ausbau von spezialisierten Anlaufstellen, die Sensibilisierung des medizinischen Personals, den Abbau von Diskriminierung im Gesundheitswesen und eine schnellere Terminvergabe. Deutlich kürzere Wartezeiten sollen eine zeitnahe und kontinuierliche Versorgung sicherstellen.

NEOS: JA

Niemand soll im Alter Diskriminierung oder Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität fürchten müssen. Wir setzen uns für eine wissenschaftlich begleitete Bedarfsstudie ein, um die spezifischen Herausforderungen und Bedürfnisse älterer Menschen der LGBTIQ*-Community in Wien zu verstehen. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wollen wir ein queerfreundliches, generationenübergreifendes Wohnprojekt mit Betreuung umsetzen, das Vielfalt im Alter sichtbar macht und Einsamkeit entgegenwirkt.

SPÖ: JA

Wien setzt unter anderem Zeichen für Sichtbarkeit, Gesundheit, Sicherheit und Pflege der LGBTIQ+-Community. Am Karlsplatz erinnert ein Denkmal an die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung und macht auf lang ignorierte Gräueltaten aufmerksam. Mit dem queeren Kleinprojektetopf wird die kreative und vielfältige Community-Arbeit gefördert. In der Gesundheitsversorgung baut Wien spezialisierte Angebote für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen aus und schafft ein interdisziplinäres Netzwerk, das den Zugang zu passenden Leistungen erleichtert. Um intergeschlechtliche Minderjährige zu schützen, werden Sensibilisierungsmaßnahmen verstärkt und ein bundesweites Verbot medizinisch nicht notwendiger Eingriffe gefordert. Zur konsequenten Bekämpfung von Hasskriminalität ist die Einrichtung einer anonymen Meldestelle geplant – siehe dafür die Beantwortung zur Frage „Levelling Up“. Für ältere LGBTIQ+-Personen werden queerfreundliche Pflegeeinrichtungen und alternative Wohnformen unterstützt. Mehr dazu in unserem Wahlprogramm: <https://esgehtum.wien/wahlprogramm-2025>

ÖVP: NEIN

s.o.

Themen, die nicht in die Kompetenzen der Gemeinde Wien fallen

5. Ist Ihre Partei für oder gegen das sogenannte „Levelling Up“ – also die Ausweitung von Antidiskriminierungsbestimmungen in Bezug auf die sexuelle Orientierung bzw. Identität über das Arbeitsrecht hinaus?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, dafür

Die Grünen setzen sich schon lange für die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes ein, weil nur ein vollumfassender Diskriminierungsschutz (Levelling-Up) queeren Menschen die rechtliche Handhabe gibt, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Deshalb müssen die vorhandenen Rechtslücken beim Diskriminierungsschutz endlich geschlossen werden.

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

Auch wenn im Privatbereich die Kategorie „Geschlecht“ bereits vor Diskriminierung geschützt ist und die Rechtsprechung klargestellt hat, dass neben Frauen und Männern auch nicht-binäre, inter und trans* Personen beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Wohnraum weitgehend vor Diskriminierungen geschützt werden müssen, bedarf es einer rechtlichen Nachschärfung, um Rechtssicherheit für diese Personen zu schaffen.

NEOS: JA, dafür

Die Antidiskriminierungslücke gehört geschlossen und es sollten auch Lücken zwischen den verschiedenen Gleichbehandlungsgesetzen der Bundesländer beseitigt werden.

SPÖ: JA, dafür

Alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität haben das Recht auf ein sicheres und selbstbestimmtes Leben. Levelling Up ist Bundesmaterie und hat es trotz unseres Bemühens nicht in das Koalitionsabkommen geschafft. (Leider von der ÖVP blockiert) Wir in Wien setzen konsequent auf den Schutz und die Förderung der LGBTIQ+-Community und gestaltet aktiv eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Eines unserer zentralen Anliegen in der zukünftigen Arbeit liegt in der Bekämpfung von Hasskriminalität und Diskriminierung. Dazu soll eine anonyme Meldestelle, die gezielt Fälle von Hass erfasst und dokumentiert, eingerichtet werden. Diese Meldestelle soll nicht nur eine umfassendere Datengrundlage für die Bekämpfung von Hate Crime schaffen, sondern auch als zentrale Anlaufstelle für betroffene Personen, zivilgesellschaftliche Initiativen und städtische Institutionen dienen. Durch die Verankerung im Wiener Antidiskriminierungsgesetz wird sichergestellt, dass Hassverbrechen systematisch erfasst und verfolgt werden. Zudem wird ein breites Netzwerk aus Bildungseinrichtungen, Vereinen und Unternehmen aufgebaut, um gemeinsam gegen Hass und Diskriminierung vorzugehen und Wien als weltoffene, respektvolle Stadt zu stärken.

ÖVP: NEIN, dagegen

Levelling-Up zu Ende gedacht, würde das Ende der Privatautonomie der Unternehmer bedeuten. Hoteliers dürften keine Spezialprogramme nur für Erwachsene anbieten. Ein jüdischer Restaurantbesitzer müsste sein Lokal einem antisemitischen Verein vermieten. Ein islamisches Reisebüro müsste Christen eine Reise nach Mekka buchen und so weiter. Wir stehen für Privatautonomie und Gewissensfreiheit auch im unternehmerischen Handeln im Rahmen der geltenden Gesetze.

Unselbständiger Entschließungsantrag im Nationalrat am 21.4.2021 (siehe auch Frage 8)

[Nationaler Aktionsplan gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen \(528/UEA\) | Parlament Österreich](#)

Dafür: SPÖ, NEOS

Dagegen: ÖVP, FPÖ, GRÜNE

6. Ist Ihre Partei für oder gegen ein Verbot von Konversionstherapien?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, für ein Verbot

Es soll 1) durch rechtliche Klarstellung die Rechtsunsicherheit beim Verbot von Durchführung, Bewerbung und Vermittlung von Maßnahmen, Techniken sowie Praktiken, die auf eine Veränderung und/oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung sowie der selbstbestimmten Geschlechtsidentität abzielen, beseitigt und Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen gesetzt werden und es

2) sollen mittels umfassender Aufklärungskampagnen die Öffentlichkeit sowie Fachverbände sensibilisiert und gezielte Beratungsangebote für Betroffene gewährleistet werden.

NEOS: JA, dafür

Wir fordern auf Bundesebene ein Gesetz zum Verbot von Maßnahmen zur Veränderung der sexuellen Orientierung bei Minderjährigen.

SPÖ: JA, dafür

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

Die Bekämpfung sogenannter Konversionstherapien ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. Während medizinische Behandlungen dieser Art bereits verboten sind, setzt sich Wien für ein umfassendes Verbot aller Formen dieser pseudowissenschaftlichen und schädlichen Praktiken ein – unabhängig davon, ob sie an Minderjährigen oder Erwachsenen ohne informierte Einwilligung durchgeführt werden. Durch Beratung und Sensibilisierung soll das Verbot wirksam umgesetzt und Betroffene unterstützt werden.

ÖVP: NEIN, gegen ein Verbot

Nach Auffassung von SPÖ und Grünen umfasst der Begriff „Konversionstherapie“ – wie in der Nationalratsdebatte 2023 zum entsprechenden Verbot deutlich wurde – auch die therapeutische Unterstützung von Personen mit Geschlechtsdysphorie, die darin bestärkt werden möchten, ihr biologisches Geschlecht anzunehmen. Ein Verbot der Konversionstherapie würde daher bedeuten, dass Jugendliche mit dem Wunsch nach einer Geschlechtsangleichung von Therapeuten nur noch in dieser Richtung bestärkt werden dürften. Ein Therapeut, der einem Jugendlichen dabei hilft, sein biologisches Geschlecht anzunehmen, würde sich damit strafbar machen. Das liegt weder im Interesse der Therapeuten noch der betroffenen Personen.

7. Ist Ihre Partei für oder gegen ein Gesetz zur Selbstbestimmung des Geschlechtseintrags nach deutschem Vorbild?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, dafür

Aus Sicht der Grünen müssen alle Menschen das Recht haben, ohne Pathologisierung, frei, offen und selbstbestimmt über die rechtliche Anerkennung ihrer eigenen Geschlechtsidentität entscheiden zu können. Daher müssen bürokratische Hürden, die ihnen dieses Recht erschweren, abgebaut werden. Alle Menschen sollen Zugang zu den alternativen Geschlechtseinträgen bekommen können.

NEOS: NEIN, dagegen

Wir sprechen uns im Hinblick auf den Geschlechtseintrag für unbürokratische Behördengänge ohne Schikanen aus. Ein Wechsel gänzlich ohne Angabe von Gründen lehnen wir aufgrund des folgenden Verwaltungsaufwandes (Pensionsantrittsalter knüpft an das Geschlecht an; ebenso wie die Wehrpflicht) ab. Das deutsche Modell sehen wir daher nicht als Vorbild.

SPÖ: JA, dafür

Die Umsetzung sowie die konkrete Ausgestaltung eines entsprechenden Gesetzes, ob nach dem deutschen oder einem anderen Modell, ist Bundeskompetenz. Die Sozialdemokratie setzt sich jedenfalls für eine Neugestaltung des Personenstandsrechts mit dem Ziel der Schaffung eines echten „Selbstbestimmungsrechts“ ein.

ÖVP: NEIN, dagegen

Beim Gesetz in Deutschland sind keine medizinischen oder psychologischen Gutachten mehr nötig sind, um den Geschlechtseintrag zu ändern. Zudem kann es jährlich ohne Weiteres geändert werden. Als Grundlage dafür reicht das bloße innere Empfinden. Das Geschlecht ist aber ein äußerst relevanter rechtlicher Status (z.B. im Familienrecht oder im Sport) und zudem nicht beliebig verfügbar.

8. Ist Ihre Partei für oder gegen ein effektiveres Bekämpfen von Hetze und Hasskriminalität im Internet gegenüber der LGBTIQ+ Community?

FPÖ: -

Keine Stellungnahme

Grüne: JA, dafür

- Ausbau der Sensibilisierung in Staatsanwaltschaft und Polizei mit Schulungen zum Erkennen und Erfassen von Hassverbrechen.
- Förderung von Vernetzungsmöglichkeiten der LGBTIQ+-Community in der Staatsanwaltschaft und

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

Polizei.

- Ausbau von Initiativen, um Gewaltbetroffene über Unterstützungsangebote zu informieren.
- Institutionalisierung von Initiativen wie dem Runden Tisch mit BMJ, BMI und der LGBTIQ+-Community, um frühzeitig mit der Zivilgesellschaft Trends zu erkennen und Maßnahmen gegen Hassverbrechen zu erarbeiten. Auch müssen Informationen über Gefahrenlagen in die Community zu kommuniziert werden
- Ausbau von Schulworkshops, aufsuchender Jugendarbeit und Elternarbeit

Darüberhinaus unterstützen wir den Digital Services Act (DSA) der EU.

NEOS: JA, dafür

Die aktuelle Welle an Hate-Crimes gegen LGBTQI*-Personen stimmt uns sehr besorgt. In diesem Zusammenhang braucht es dringende Maßnahmen in der Justiz, aber vor allem auch im digitalen Raum. Die Betreiber von Plattformen wie Grindr, Tinder, Instagram oder Telegram dürfen sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Es braucht endlich klare Meldewege, eine bessere Moderation und Schutzmechanismen, die speziell auch queeren Menschen Sicherheit bieten. Darüber hinaus ist uns aber auch wichtig, dass sich alle Menschen auf Wiens Straßen wohl und sicher fühlen. Wien als Regenbogenhauptstadt muss allen Menschen – unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung – ein angstfreies Zuhause bieten.

SPÖ: JA, dafür

Durch die Einrichtung einer anonymen Meldestelle soll Hasskriminalität besser erfasst und dokumentiert werden. Diese Meldestelle, welche auch religiös oder politisch motivierten Hass erfasst, dient auch als Schnittstelle zwischen betroffenen Communities, der Zivilgesellschaft und städtischen Institutionen. Durch ihre Verankerung im Wiener Antidiskriminierungsgesetz und ein breites Netzwerk gegen Hate Crime werden Bildungseinrichtungen, Vereine und Unternehmen vernetzt. Gemeinsam arbeiten wir kontinuierlich daran, Wien zu einer diskriminierungsfreien Stadt zu machen.

ÖVP: JA, dafür

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum – was offline verboten ist, darf digital nicht erlaubt sein. Dieser Schutz des Gesetztes kommt natürlich der gesamten Bevölkerung zu Gute.

Unselbständiger Entschließungsantrag im Nationalrat am 27.3.2025

[Nationaler Aktionsplan gegen Hate Crime \(27/UEA\) | Parlament Österreich](#)

Dafür: ÖVP, SPÖ, NEOS, GRÜNE

Dagegen: FPÖ

Unselbständiger Entschließungsantrag im Nationalrat am 26.2.2025

[Radikalisierung und Terror durch Social Media beenden \(8/UEA\) | Parlament Österreich](#)

Dafür: ÖVP, SPÖ, NEOS, GRÜNE

Dagegen: FPÖ

Unselbständiger Entschließungsantrag im Nationalrat am 21.4.2021 (siehe auch Frage 5)

[Nationaler Aktionsplan gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen \(528/UEA\) | Parlament Österreich](#)

Dafür: SPÖ, NEOS

Dagegen: ÖVP, FPÖ, GRÜNE

Selbständiger Entschließungsantrag im Nationalrat am 13.10.2022

[LGBTIQ-Feindlichkeit und Hassverbrechen stoppen \(2048/A\(E\)\) | Parlament Österreich](#)

Abstimmung: Antrag, den ablehnenden Ausschussbericht zur Kenntnis zu nehmen:

Dafür: ÖVP, FPÖ, GRÜNE

Dagegen: SPÖ, NEOS

Stellungnahmen der Parteien zu queeren Themen

Trotz sorgfältiger Zusammenstellung schließen wir Fehler nicht aus.

Bei der Initiative Queere wählen haben mitgewirkt:

- [AGPRO](#)
- [Beratungsstellen COURAGE*](#)
- [FAmOs Regenbogenfamilien](#)
- [HOSI SALZBURG](#)
- [LMC-Vienna](#)
- [Pride Biz Austria](#)
- [Queer Business Women*](#)
- [Queer Glauben Wien](#)



....und viele Freiwillige.